

196



2 Wochen
1 Fazit

Bundesrat verschiebt Abstimmung zum Disposableverbot.
BMUV: Timeline zeichnet sich ab.



1. Zusammenfassung und Trends

Kurzübersicht	Trend	
	<p>Koalition (SPD, FDP, B90/Die Grünen): Der Bundesdrogenbeauftragte Blienert (SPD) äußert sich skeptisch zum Dampfen. Er sieht in der Tabak- und E-Zigarettenregulierung „<i>einen enormen Nachholbedarf</i>“ und fordert u.a. die Verschärfung der Werberegulierung. Abgeordnete der Grünen unterstützen diesen Kurs. Das BMUV hält an seinem Plan zur Regulierung von E-Zigaretten fest. Erste Schätzungen sehen ein Verbot in den nächsten 3 Jahren realistisch.</p>	
	<p>Opposition (CDU, CSU, Die Linke): Die Linke kritisiert die E-Zigarettenpolitik der Ampel-Regierung. Anlass ist die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage. Die Regierung sieht derzeit keinen Korrekturbedarf beim TabStMoG – eine Absage an einer Absenkung der Liquid-Steuer. Und dass, obwohl sich die Bundesregierung zu Harm Reduction bekennt.</p>	
	<p>Bundesrat, Bundesländer: Die Abstimmung zum Entschließen Bayerns für ein Verbot von Disposables verschiebt sich. Die Ausschüsse der Länderkammer sehen Klärungsbedarf. Zudem gibt es Differenzen mit dem BMUV über den Regulierungsansatz. Landesminister warnen vor den Herausforderungen für Umwelt- und Jugendschutz und plädieren für ein Verbot.</p>	
	<p>EU, Europa, Übersee: Auch in Großbritannien und Österreich wird die Umweltbelastung durch Disposables kontrovers diskutiert. Daneben entwickelt sich in UK eine rege Debatte über das Dampfen bei Jugendlichen und der Produktaufmachung. Erhebungen zeigen aber, dass vor allem rauchende Jugendliche zur E-Zigarette greifen.</p>	
	<p>Fachcommunity, Wettbewerb: E-Zigaretten senken den Verkauf von Tabak-Zigaretten sichtbar ab. Studien plädieren für weniger strikte Regelungen für E-Zigaretten. Andere warnen vor den Gesundheitsrisiken durch E-Zigaretten – insbesondere durch Aromen. Das DKFZ positioniert sich erneut skeptisch. Zudem startet eine Europäische Bürgerinitiative für die striktere Regulierung von Nikotinprodukten.</p>	
	<p>Medien: Die Medien greifen die kritischen Worte von Landesministern und des Bundesdrogenbeauftragten deutschlandweit auf. Zudem gibt er weitere Warnungen vor THC/HCC-haltigen E-Zigaretten. Jedoch finden auch positive Bewertungen wie von Prof. Stöver Verbreitung.</p>	
<p>Legende: Tendenzen in Relation zu den Zielen des BTG.</p> <p>Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral, bzw. Trend ↑ oder ↓  Negativ  Sehr negativ (Krise) </p>		

30

SEKUNDEN FAKTEN

1,4 Packungen

Zigaretten Verkaufsrückgang pro Kopf je zusätzlich verkaufter E-Zigaretten-Einheit.

- 16 Prozent

weniger Zigarettenverkäufe als erwartet durch die Verbreitung von E-Zigaretten.

auf 97 Mrd. €

wird der jährliche Schaden durch das Rauchen in Deutschland geschätzt.

1 Jahr Zeit

hat die neue Europäische Bürgerinitiative für eine tabakfreie Generation um 1 Mio. Unterschriften zu sammeln.

> 9500 Stk.

illegale E-Zigaretten hat der Dortmunder Zoll sichergestellt.

Quellen: [springer.com](https://www.springer.com), [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de), [fe.ensp.network](https://www.fe.ensp.network), [presseportal.de](https://www.presseportal.de)

Wichtige Inhalte auf einen Blick

- 1) [Bundesländer beraten zum Disposable-Verbot – erste Signale aus dem BMUV](#)
- 2) [Drogenbeauftragter Blienert für mehr Regulierungen](#)
- 3) [Bundesregierung sieht derzeit keinen Anlass für eine Steuersenkung](#)
- 4) [Studien: Experten für weniger Regulierung bei risikoreduzierten Produkten](#)
- 5) [E-Zigaretten reduzieren Tabak-Verkäufe](#)

2. Meldungen

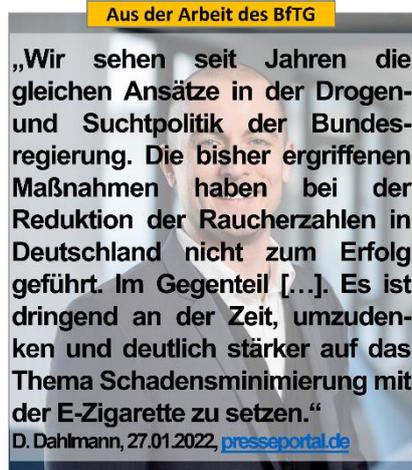
2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 24.01.2023, 23.01.2023

Meldung: Das Bundeskartellamt hat gegen Paypal ein Verfahren wegen des Verdachts der Wettbewerbsbehinderung eingeleitet. Die Behörde prüft dabei die Nutzungsbedingungen des Bezahlendienstleisters für Händler. Das Amt will auch prüfen, welche Marktmacht Paypal zukommt und inwieweit Online-Händler auf Paypal angewiesen sind. Nach Marktstudien sei PayPal in Deutschland einer der teuersten Online-Zahlungsdienste, so die Behörde. Die [European Payments Initiative](#) und US-Großbanken arbeiten derzeit an eigenen Bezahldiensten, um die Marktdominanz von Paypal und anderen Anbietern zu brechen.

Quelle: [mdr.de](#), [heise.de](#), [tagesschau.de](#), [handelsblatt.com](#)

2.2. Bundestag und Parteien



Datum: 28.01.2023, 27.01.2023, 26.01.2023

Meldung: Der Bundesdrogenbeauftragte Burkhard Blienert (SPD) sieht in der Tabak- und E-Zigarettenregulierung „*einen enormen Nachholbedarf*“. So will er die Werbung am Verkaufsort untersagen. Er habe dazu bereits erste Gespräche mit den zuständigen Ministerien (BMEL, BMFSFJ) und den Regierungsfractionen geführt. Blienert warnt dabei ausdrücklich vor Disposables. Er begründet die Regulierungspläne bei der Vorstellung seiner Arbeitsschwerpunkte für das Jahr 2023 mit dem Jugendschutz. Blienert will nach eigenem Bekunden einen „*echten Paradigmenwechsel in der Sucht- und Drogenpolitik*“ einleiten, schenkt jedoch dem von Experten empfohlenen Harm Reduction-Ansatz keine Beachtung. Blienert zeigt sich offen für weitere Steuererhöhungen; dies sei jedoch in der Koalition „*kein konfliktfreies Thema*“. Grüne Suchtpolitikerinnen wie MdB Linda Heitmann und MdB Dr. Kirsten Kappert-Gonther unterstützen und rechtfertigen seinen Kurs gegen die E-Zigarette.

Dr. Katrin [Schaller](#) (DKFZ) nimmt auf Blienert Bezug und bekräftigt die Forderung für ein Werbeverbot am PoP und höheren Steuern. Rauchen koste die Gesellschaft 97 Mrd. € im Jahr. Schaller zufolge wollten Tabak-Konzerne mit E-Zigaretten und HNB weitere Regulierungen abwenden. Sie warnt mit Blick auf Jugendliche und Nichtraucher vor den Produkten. Laut Schaller enthielten neuartige Produkte zwar weniger Schadstoffe als Tabak. Jedoch sei unklar, um wie viel diese weniger schädlich seien. Dennoch weist Schaller hin: „*Für Raucher, die es nicht schaffen [...] aufzuhören, für die können diese Produkte [Anm. E-Zigaretten] eine weniger schädliche Alternative zum Rauchen sein.*“

Dr. Katrin [Schaller](#) (DKFZ) nimmt auf Blienert Bezug und bekräftigt die Forderung für ein Werbeverbot am PoP und höheren Steuern. Rauchen koste die Gesellschaft 97 Mrd. € im Jahr. Schaller zufolge wollten Tabak-Konzerne mit E-Zigaretten und HNB weitere Regulierungen abwenden. Sie warnt mit Blick auf Jugendliche und Nichtraucher vor den Produkten. Laut Schaller enthielten neuartige Produkte zwar weniger Schadstoffe als Tabak. Jedoch sei unklar, um wie viel diese weniger schädlich seien. Dennoch weist Schaller hin: „*Für Raucher, die es nicht schaffen [...] aufzuhören, für die können diese Produkte [Anm. E-Zigaretten] eine weniger schädliche Alternative zum Rauchen sein.*“

Quelle: [bundesdrogenbeauftragter.de](#), [gruene-bundestag.de](#), [bundesregierung.de](#), [youtube.com](#), [aerzteblatt.de](#), [welt.de](#), [augsburger-allgemeine.de](#), [tagesspiegel.de](#), [mdr.de](#), [stuttgarter-zeitung.de](#), [youtube.com](#), [zeit.de](#), [tagesschau.de](#)

Stimmen zur E-Zigarette

„Das treibt die Menschen zurück zum Tabak“, kritisiert Ates Gürpınar, drogenpolitischer Sprecher der Linken. Die Regierung verlange horrenden Steuern von vielen Dampfem. Als Motivation vermutet Gürpınar „eine Mischung aus mangelnder Sachkenntnis und fiskalischen Begehrlichkeiten.“
MOZ, 27.01.2023, [moz.de](https://www.moz.de)

Datum: 02.02.2023, 27.01.2023

Meldung: Die Bundestagsfraktion von *Die Linke* hat die Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage zu E-Zigaretten erhalten (Report 193). Darin vermerkt die Bundesregierung, dass sie keinen Änderungsbedarf am TabStMoG sehe – eine Absage an eine Steuersenkung für E-Zigaretten. [Fachpolitiker](#) von FDP und Bündnis 90/Die Grünen, hatten sich 2022 für eine Überarbeitung ausgesprochen. Nachdem die Bundesregierung im [Juli 2021](#) ihre Einnahmeprognose aus der Liquid-Steuer stark gesenkt hatte (Report 158), gibt sie nun wieder die optimistischeren Werte aus der [Beschlussempfehlung des Finanzausschusses](#) vom Juni 2021 an.

Weiterhin bleibt unklar, auf welcher Datenbasis das Bundesfinanzministerium unter Olaf Scholz (SPD) damals die Besteuerung der E-Zigarette entschieden hat. Die Bundesregierung gibt zwar das Prinzip der Schadensminimierung als Bestandteil ihrer Suchtpolitik an, wendet es aber nicht auf die E-Zigarette an. Obwohl z.B. Feinschnitttabak als schädlicher als Dampfem eingeschätzt wird, wird ein Vergleich dieser Produkte bei der Steuerbelastung abgelehnt. Der drogenpolitische Sprecher von *Die Linke*, MdB Ates Gürpınar kritisiert die Regierung deutlich. Seine Fraktion nutzt die Debatte zum Disposable-Verbot für eine Forderung zur Senkung der Liquid-Steuer.

Quelle: [moz.de](https://www.moz.de), [swp.de](https://www.swp.de), [euwid-recycling.de](https://www.euwid-recycling.de), [bundestag.de](https://www.bundestag.de)

Aus der Arbeit des BfTG

Das BfTG hat sich mit dem Bundesumweltministerium (BMUV) zu ausgiebigen Gesprächen über die Entsorgung von Disposables getroffen. Das BfTG ist der einzige Branchenverband, der mit dem BMUV im Gespräch ist. Das BMUV bleibt skeptisch, hat aber wichtige Impulse erhalten. Es gibt erste Anzeichen, dass es innerhalb der nächsten 3 Jahre mit einem Verbot von Disposables zu rechnen ist. Vorausgesetzt, die EU-Ebene zieht mit. Und nicht bereits binnen weniger Monate. Damit erhält die Branche Zeit zur Produktumstellung.

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 02.02.2023, 01.02.2023, 31.01.2023, 30.01.2023, 29.01.2023, 27.01.2023

Meldung: Die Abstimmung zu Bayerns Entschließungsantrag für ein Verbot von Einweg E-Zigaretten (Report 195) verzögert sich. Alle befassten Ausschüsse sehen weiteren Klärungsbedarf und haben einer Verschiebung zugestimmt. Zudem soll es Unstimmigkeiten zwischen den Ländern und dem BMUV bzgl. des Regulierungsansatzes geben. Anders als Bayern (EU-Einwegkunststoffverordnung) oder das BMUV (EU-Ökodesign-Verordnung) will die

SPD die EU-Batterieverordnung als Hebel gegen Disposables einsetzen. Eine abschließende Befassung im Bundesratsplenum wird frühestens zum 3. März erwartet. Da noch nicht alle Ausschusssitzungen final geplant sind, ist auch eine Befassung erst am 31. März denkbar. Der Agrarausschuss hat sein Votum für den bayerischen Vorschlag abgegeben. Es ist offen, ob er aufgrund neuer Vorschläge das Thema erneut berät. Aus der Grünen-Bundestagsfraktion kommen Forderungen nach einem Pfand von 10 € auf Einweg E-Zigaretten, was Unionspolitiker für zu kompliziert halten. Derweil setzen sich Umweltorganisationen wie der NABU oder DUH, das DKFZ und andere Gesundheitsschützer sowie die Entsorgungswirtschaft für ein Disposable-Verbot ein.

Aus der Arbeit des BFTG

Das BFTG steht weiterhin im Dialog mit verschiedenen Landesministerien zum Thema Disposable-Verbot und leistet mit Hintergrundinformationen wichtige Aufklärungsarbeit.

Das Verbot findet parteiübergreifende Unterstützung – außer bei der FDP. Baden-Württembergs Gesundheitsminister Manne Lucha (Grüne) und Sachsen-Anhalts Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne (SPD) unterstützen öffentlichkeitswirksam Bayerns Vorstoß. Lucha plädiert, E-Zigaretten wie Tabak zu regulieren, und fordert die Ausweitung des Nichtraucherschutzes auf E-Zigaretten. Luchas zentrale Argumente sind der Jugendschutz sowie die Gateway-These. Auch Bayerns

Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) wiederholt seine Forderung nach einem Verbot. Er schließt zudem eine Verschärfung der Regeln für konventionelle E-Zigaretten nicht aus, sollten Langzeitstudien deren schädliche Wirkung bestätigen. Auch das Umweltministerium Schleswig-Holstein meldet öffentlich Bedenken gegen Disposables an.

Quelle: Hintergrundgespräche, recyclingportal.eu, berliner-zeitung.de, berchtesgadener-anzeiger.de, merkur.de, rtl.de, bild.de, sueddeutsche.de, stuttgarter-zeitung.de, swr.de, infranken.de, radiowuppertal.de, aerztezeitung.de, handelsblatt.com, youtube.com, br.de, zeit.de, t-online.de, welt.de, nordbayern.de, shz.de, twitter.com, twitter.com

Datum: 31.01.2023

Meldung: Die *Landesstelle für Suchtfragen Sachsen-Anhalt* setzt in diesem Jahr einen Schwerpunkt bei der Tabak-Prävention und startet eine Kampagne zu Nichtraucherschutz und Tabak-Aufklärung. Die Landesstelle hat sich in der Vergangenheit bzgl. einer [Kampagne](#) kritisch zur E-Zigarette positioniert.

Quelle: sachsen-anhalt.de, stern.de, merkur.de, zeit.de, welt.de

<p>Stimmen zur E-Zigarette</p> <p>APOTHEKEN „E-Zigaretten und Tabakerhitzer können bei der Rauchentwöhnung massiv helfen – eine sachliche Aufklärung ist dringend nötig!“ Prof. H. Stöver (Frankfurt UAS), 15.01.2023, Apotheken Umschau</p>	<p>Aus den Medien</p> <p>In der Presse warnen Gesundheitsexperten vor dem Dampfen allgemein, dem Gebrauch von Schwarzmarktprodukten und dem Konsum von THC und HHC („Kioskdroge“) mittels E-Zigaretten. Zudem könnten Aromazusätze gesundheitsschädliche Stoffe enthalten. Die breite kritische Berichterstattung zu Disposables und die Sorgen bzgl. des Jugendschutzes bleibt bestehen. Die Medien berichten zudem über die kommende Steuererhöhung und negativen Folgen des TabStMoG.</p> <p>Quelle: rp-online.de, ga.de, suedkurier.de, nw.de, tagesspiegel.de, swr.de, swp.de, shz.de, hna.de, nordkurier.de, stuttgarter-nachrichten.de, szbz.de, stuttgarter-zeitung.de, Apotheken Umschau</p>
--	--

2.4. EU, Europa und Übersee

Datum: 01.02.2023

Meldung: EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides kündigt anlässlich des Weltkrebstags Maßnahmen zu rauchfreien Umgebungen für einen besseren Schutz der Bevölkerung und mehr Einsatz für eine tabakfreie Generation an. Die EU hat [Länderprofile](#) zu

Krebserkrankungen herausgegeben. Für [Deutschland](#) stellt die EU fest, dass die Raucherquote über dem EU-Durchschnitt liegt – insbesondere bei Männern. Rauchen sei vor allem in sozial schwächeren und bildungsferneren Bevölkerungsteilen verbreitet.

Die EU hat die [Konsultation](#) zu Ihrem Verordnungsvorschlag zur Regulierung von Verpackungen und Verpackungsmüll (Report 192) bis zum 28. März 2023 verlängert.

Das estnische Parlament befasst sich in erster Lesung mit dem Gesetz für ein Aomenverbot. Im Fokus liegen vor allem süße Geschmacksrichtungen wie Süßigkeiten/Gebäck und Softdrinks.

Quelle: ec.europa.eu, Hintergrundgespräch

Datum: 30.01.2023, 24.01.2023, 23.01.2023, 21.01.2023

Meldung: 70 Prozent der Schotten sorgen sich wegen der Umweltbelastung durch Disposables. Umweltaktivisten begrüßen den Plan der schottischen Regierung zum Verbot von Einweg E-Zigaretten. Disposables seien zu einem der am schnellsten wachsenden Abfallströme des Landes geworden. Die Umweltverschmutzung durch Einweg E-Zigaretten und der wachsende Schwarzmarkt bleiben in ganz Großbritannien – zumindest auf lokaler Ebene – Thema.

Experten warnen zudem vor der bunten Aufmachung von E-Zigaretten(packungen), die besonders Kinder ansprechen würden. Das britische Gesundheitsministerium hingegen verweist auf die strengen Regulierungen.

Nach einer neuen [Erhebung](#) des *Imperial College London* und der NGO *Action on Smoking an Health* ist die Quote der regelmäßigen Dampfer bei 11-18-Jährigen Briten größer als der Anteil der regelmäßigen Raucher (4,0 Prozent vs. 2.9 Prozent). Der 89,4 Prozent der Jugendlichen, die regelmäßig dampfen, sind Raucher. Vor allem die älteren Jugendlichen (≥ 16 Jahre) konsumieren.

Quelle: dailyrecord.co.uk, dailyrecord.co.uk, mrw.co.uk, nottinghampost.com, tobaccoinduceddiseases.org, bbc.com

Datum: 26.01.2023, 25.01.2023, 23.01.2023

Meldung: Auch in Österreich beginnt nun die Debatte um die Müll-Problematik durch Einweg E-Zigaretten. Schweizer Gesundheitsschützer sehen das fehlende Konsumverbot für E-Zigaretten am Arbeitsplatz skeptisch. Zudem wird der Konsum von Jugendlichen sowie die Umweltbelastung durch Disposables landesweit kritisch gesehen.

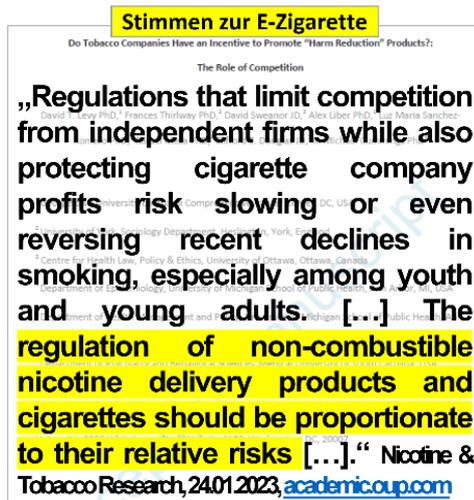
Quelle: meinbezirk.at, zofingertagblatt.ch, badenertagblatt.ch, bote.ch, argoviatoday.ch

Datum: 26.01.2023, 24.01.2023

Meldung: Belgiens Gesundheitsminister will Frank Vandenbroucke will Pouches verbieten. Die Nikotinbeutel werden als „*Sprungbrett zum Rauchen*“ bewertet. Der entsprechende Königliche Erlass muss noch zum Staatsrat. Stimmt er zu, tritt das Verbot im Laufe des Jahres in Kraft. Erst kürzlich kündigte Vandenbroucke eine weitere Regulierung von E-Zigaretten an (Report 193).

Quelle: brf.be, grenzecho.net

2.5. Fachcommunity



Datum: 24.01.2023, 01.12.2022

Meldung: Eine internationale Studie schlussfolgert, dass eine zu strikte Regulierung risikoreduzierter Produkte letztlich den Tabak-Konsum fördert.

Der international renommierte Tabak-Experte Karl Fagerström hat die Tabak-Politiken verschiedener Länder miteinander verglichen. Länder mit einer hohen Akzeptanz für alternative Nikotinprodukte konnten ihm zufolge niedrigere Raucherquoten erreichen. Er plädiert für weitaus strengere Vorschriften und Steuern auf konventionelle Tabak-Produkte sowie für die Ausweitung der Präventions- und Entwöhnungsprogramme.

Gleichzeitig sollten risikoreduzierte Produkte erhebliche regulatorische und steuerliche Vorteile im Vergleich zu Tabak erhalten.

Quelle: academic.oup.com, ncbi.nlm.nih.gov

Datum: 25.01.2023, 24.01.2023, 23.01.2023

Meldung: Dampfen kann das Erbgut schädigen. Das ergaben Zellstudien der *McGill University* mit Mäusen. Die Studie liefert jedoch keinen direkten Vergleich mit Tabak-Rauch. Die Autoren warnen vor den unbekanntenen Risiken durch E-Zigaretten und weisen auf die Rolle von Aromen hin.

Eine andere Studie betrachtete die Auswirkungen von nichtaromatisierten Liquids und Menthol-Liquid auf die Lunge. Auch wurden Versuche an Mäusen vorgenommen. Das Team der Rutgers University schlussfolgert kritisch bzgl. Aromen: „*Taken together, these data demonstrate prominent menthol-induced pulmonary toxicity and impairment of essential physiological functions in the lung, which warrants concerns about e-cigarette consumer safety [...]*“

Quelle: wiley.com, walesonline.co.uk, dublinlive.ie, dailymail.co.uk, scitechdaily.com, ustimespost.com, physiology.org

Datum: 16.01.2023

Meldung: Der Anstieg des E-Zigarettenverkaufs geht mit dem Rückgang des Tabakverkaufs einher, so eine US-Studie. Die US-Einzelhandelsdaten zeigen, dass die Zigarettenverkäufe mit der Verbreitung von E-Zigaretten (2017-2019) um bis zu 16 Prozent geringer ausfielen als erwartet. Jede zusätzlich verkaufte E-Zigaretten-Einheit pro Kopf führe zu einem Verkaufsrückgang von 1,4 Zigarettenpackungen pro Kopf. Autoren sehen darin einen Beleg, dass E-Zigaretten als Ersatz für Zigaretten fungieren und möglicherweise zum Rückgang des nationalen Zigarettenkonsums beitragen.

Quelle: springer.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 26.01.2023, 16.01.2023

Meldung: 36 europäische Gesundheits-NGOs und -Einrichtungen haben eine [Europäische Bürgerinitiative](#) für die erste europäische tabakfreie Generation ins Leben gerufen. Die Initiative fordert ein Verkaufsverbot für Tabak und alle Nikotinprodukte an Europäer ab dem Geburtsjahrgang 2010. Daneben soll die Umweltverschmutzung durch Zigarettenkippen bekämpft und ein umfassendes Werbe- und Präsenzverbot von Tabak (z.B. in Medien, Social Media) geschaffen werden. Mit einer Europäischen Bürgerinitiative können Bürger die EU-Kommission auffordern, neue Gesetze vorzuschlagen, und damit Einfluss auf die EU-Politik nehmen. Die Bürgerinitiative hat bis zum 16.1.2024 Zeit 1 Mio. Unterschriften zu sammeln. Bislang wurden ca. 5.000 Stimmen gesammelt. Wird das Quorum erreicht, entscheidet die EU-Kommission über Folgemaßnahmen. Die Initiative ist für die EU nicht bindend. Dennoch haben die Petenten die Möglichkeit bei Vertretern der EU-Kommission und des Europaparlamentes für ihr Anliegen zu werben und sie zum Handeln zu bewegen.

Quelle: [europa.eu](#) (Ablauf Europäische Bürgerinitiative), [tfe.ensp.network](#), [twitter.com](#), [eci.ec.europa.eu](#), [europa.eu](#)

Datum: 24.01.2023, 14.01.2023

Meldung: Der Konsumentenverband bvra kritisiert die Forderung der Bundesärztekammer (BÄK) nach einem Aromenverbot für E-Zigaretten (Report 195). Sie weist auf Fehlannahmen der BÄK (kein Gateway-Effekt) und auf unbeabsichtigte Auswirkungen (hohe Raucherquote) hin.

Nicorette QuickMist Mundspray ist von der britischen Arzneimittelbehörde zugelassen worden. Es ist damit das weltweit erste Produkt, das sowohl als Mittel zur Tabak- und zur Dampfer-Entwöhnung zugelassen ist.

Mehrere große US-Gesundheits-NGOs drängen die Aufsichtsbehörde FDA aromatisierte E-Zigaretten im Zuge des Genehmigungsverfahrens PMTA zu untersagen. Sie beklagen, dass noch immer solche Produkte am Markt verfügbar seien. Ihr zentrales Argument ist der Jugendschutz.

Quelle: [presseportal.de](#), [pharmaintelligence.informa.com](#), [lung.org](#)

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 19.01.2023

Meldung: Der weltweite Markt für Raucherzubehör wird bis 2032 voraussichtlich auf 101 Milliarden US\$ wachsen – mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate (CAGR) von 4,2 Prozent. Die größten Marktanteile werden in den Regionen Asien-Pazifik (43 Prozent) und Nordamerika (38 Prozent) verortet. Eine treibende Kraft sei die anwachsende Rauchkultur bei jungen Menschen.

Quelle: [tobaccojournal.com](#)

Termine

 Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
04.02.2023	Weltkrebstag	-	-	worldcancerday.org
05.02.2023	Online-Veranstaltung: Misinformation, Disinformation and Bad Science.	CAPHRA Asia Pacific	online	youtube.com
06.02. - 10.02.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
10.02.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
12.02.2023	Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus	Land Berlin	Berlin	-
13.02.2023	Ende Übergangsfrist TabStMoG. Nur noch versteuerte Waren dürfen verkauft werden.	Bundesregierung	Deutschland	-
15.02.2023 (geplant)	Befassung mit Änderung Tabakerzeugnisgesetz (Aromenverbot HNB)	Bundeskabinett	Berlin	-
27.02. - 03.03.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
01.03.2023	29. SRNT-Jahreskonferenz	Society For Research On Nicotine & Tobacco	San Antonio	srnt.org
03.03.2023	Plenarsitzung, evtl. Entschließung Disposable-Verbot	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
10./11.03.2023	Evo Nxt Festival (E-Zigarettenmesse)	Messe Dortmund	Málaga	evo-nxt.com
13.03. - 17.03.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
27.03. - 31.03.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
29.-31.3.2023	27. Tübinger Suchttherapietage		Tübingen	tuebinger-suchttherapietage.de
31.03.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
24.04. - 28.04.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
26.-28.04.2022	European Conference on Tobacco or Health	Span. Krebsgesellschaft u.a.	Madrid	ectoh.org
08.05. - 12.05.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
12.05.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
14.05.2023	Landtagswahl Bremen	Land Bremen	Bremen	-
22.05. - 26.05.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
31.05.2023	Weltnichtrauchertag	WHO	-	who.int
Mitte 2023	Vorstellung Entwurf EU-Tabaksteuerrichtlinie (geplant)	EU-Kommission	Brüssel	-
12.06. - 16.06.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
16.06.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
19.06. - 23.06.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
03.07. - 07.07.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
07.07.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de

Monitoringreport Nr. 196 (Kalenderwochen 04 und 05)

04.09. - 08.09.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
18.09. - 22.09.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
25.09. - 29.09.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
29.09.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
08.10.2022	Landtagswahl Bayern	Land Bayern	Bayern	-
08.10.2023	Landtagswahl Hessen	Land Hessen	Hessen	hessen.de
09.10. - 13.10.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
16.10. - 20.10.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
20.10.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
06.11. - 10.11.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
13.11. - 17.11.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
20.-25.11. 2023	COP 10	FCTC	Panama	fctc.who.int
24.11.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de
27.11. - 01.12.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
27.11.- 02.12.2023	Treffen der Mitglieder zum FCTC-Protokoll gegen Tabakschmuggel	FCTC	Panama	-
11.12. - 15.12.2023	Sitzungswoche	Bundestag	Berlin	bundestag.de
15.12.2023	Plenarsitzung	Bundesrat	Berlin	bundesrat.de

Bilder: Stock-Fotografie-ID 511810498, BfTG, BMUV, zm-online.de, Bundestag

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.